
/// Tunesien, Ägypten und Syrien

„ISLAMISTISCHE“ BEWEGUNGEN SEIT DEM ARABISCHEN FRÜHLING

FABIAN SCHMIDMEIER /// Am 17. Dezember 2010 begann im nordafrikanischen Tunesien der Arabische Frühling, der nahezu die gesamte arabische Welt entflammte. Während im Ursprungsland der Revolution ein historischer Transformationsprozess hin zu einer Demokratie eingeleitet wurde, versanken Syrien, Libyen und der Jemen im Bürgerkriegschaos. In Ägypten konnte sich das alte Regime 2013 zurück an die Macht putschen. Trotz der unterschiedlichen Entwicklungen des Arabischen Frühlings spielen in nahezu allen Staaten drei verschiedene „islamistische“ Gruppen eine signifikante Rolle: die Muslimbruderschaft, politische Salafisten und Dschihadisten. Drei Staaten mit besonderer Signalwirkung in die arabische Welt sollen in diesem Artikel bezüglich der Entwicklung des Einflusses dieser „islamistischen“ Strömungen untersucht werden: Tunesien, Ägypten und Syrien.

Definition von „Islamismus“

Es gibt keine allgemein gültige Definition des Begriffes „Islamismus“. In den Medien hat sich dieser weitgehend für alles durchgesetzt, was mit „islamisch-fundamentalistisch“ in Verbindung steht. In der Wissenschaft bleibt er heftig umstritten. Der vorliegende Artikel orientiert sich an Tilman Seidenstickers Definition: „Beim Islamismus handelt es sich um Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden“. Weder in Koran noch Hadithen findet sich so etwas wie eine „islamische Staatsform“. Das Ziel des jewei-

ligen „Islamismus“ kann demnach sowohl die Errichtung einer Theokratie als auch die einer parlamentarischen Demokratie sein. In der unterschiedlichen Zielsetzung von „Islamisten“ verdeutlicht sich die fehlende Schärfe des Begriffes, weswegen er in diesem Artikel zwar verwendet, allerdings stets mit Anführungszeichen versehen wird. Politische Salafisten sind jene „Islamisten“, die sich die Schaffung einer salafistisch-ideologisch legitimierten Diktatur zum Ziel gemacht haben, dabei aber Gewalt ablehnen, während dschihadistische Salafisten Gewalt zur Durchsetzung der Schaffung eines solchen Staates für legitim oder verpflichtend halten.¹

Quelle: picture alliance / dpa / Str

Rachid Ghannouchi,
Gründer und Vorsit-
zender der „islamisti-
schen“ Nahda-Partei
in Tunesien.



Tunesien

Am 14. Januar 2011 musste Diktator Ben Ali nach 23 Herrschaftsjahren das Land fluchtartig in Richtung Saudi Arabien verlassen. Ben Ali hatte seinerzeit unterschiedlichste „islamistische“ Bestrebungen brutal unterdrückt, weswegen diese, zueinander höchst unterschiedlichen Strömungen nach dessen Sturz ihre Stunde gekommen sahen.

Es gibt keine allgemeingültige DEFINITION des Begriffes „Islamismus“.

Die tunesische Muslimbruderschaft: Nahda

Lange agierte die „islamistische“ Bewegung al-Nahda („Renaissance“, häufig auch Ennahda, gegründet 1981) im Untergrund. Wenige Tage nach dem Sturz Ben Alis kehrte ihr Gründer Rachid Ghannouchi aus dem französischen Exil nach Tunesien zurück. Seine Gruppierung wurde am 1. März 2011 erstmals vollständig als politische Partei legalisiert.² Das genaue Weltbild der Nahda zu bestimmen, ist schwierig. In ihr ringen gemäßigte und radikale Flügel um die Vorherrschaft. Es gibt seit 2011 unterschiedliche Äußerungen und Parteiveranstaltungen, die sowohl auf eine gemäßigt islamisch-konservative als auch auf eine aggressiv-fundamentalistische Ausrichtung hindeuten. 2012 wurde beim ersten Parteitag seit der Legalisierung der Hamas-Chef Chalid Maschal frenetisch bejubelt.³

Betont gemäßigt dagegen positioniert sich Nahda-Gründer Rachid Ghannouchi. Als historisches Vorbild für seine Islaminterpretation nennt er den andalusisch-islamischen Gelehrten al-Schatibi (gest. 1388). Dessen Ansätze

ermöglichen einen Fokus hin auf den Zweck und den moralischen Sinn hinter einer Norm, weg von einem bloßen Wortlaut von Koran und Hadithen. So können islamische Normen historisch eingeordnet und für unterschiedliche Zeiten auch unterschiedliche Normen gefunden werden, selbst wenn der Wortlaut der heiligen Texte etwas anderes zu verlangen scheint.

Ghannouchi erklärte gemäß Schatibi fünf Ziele zum Zweck islamischer Normen: „Das Leben zu bewahren; die Menschheit zu schützen; die Vernunft, die Familie und den Wohlstand gedeihen zu lassen. Das sind die Ziele des Islams. Aber die Mittel, sie zu erreichen, muss man nicht ausschließlich im Koran suchen. Alles, was dazu dient, eines dieser Ziele zu verfolgen, wird Teil des Islams“. Demokratie sieht er, anders als politische und dschihadistische Salafisten, „nicht bloß kompatibel mit dem Islam, nein, der Islam braucht sie regelrecht. [...] Zu den Prinzipien der Demokratie gehören Regierungswechsel, Wahl und Abwahl, Alternanz. Wir akzeptieren das gesamte Spiel der Demokratie, ohne Ausnahme“, was auch eine Ablehnung klassisch-islamischer Körperstrafen oder der Kopfsteuer (Dschisya) für Nichtmuslime beinhaltet. Ebenso äußerte Ghannouchi sich zu möglichen Koalitionen nach einer Wahl: „Am besten eine Koalitionsregierung aus gemäßigten Islamisten und gemäßigten Säkularen“.⁴

Das Ringen um eine neue tunesische Verfassung

Im Oktober 2011 wählten die Tunesier erstmals eine verfassungsgebende Versammlung. Mit 37,04 % der Stimmen erhielt Nahda 89 Sitze (41,01 % der Sitze) und wurde damit mit Abstand stärkste politische Kraft. Hier zeigten

sich der Kampf um die Rolle eines politischen Islams und der Einfluss radikaler Flügel am deutlichsten. In einem Entwurf von Nahda-Abgeordneten hieß es, „die Scharia ist Quelle der Gesetzgebung“, was die säkulare Opposition ablehnte. Nach heftigen Debatten einigten sich die „islamistische“ Nahda und die

nen „doppelten Diskurs“ erschweren würden. Seit dem Parteitag lehnte Nahda den Begriff „politischer Islam“ (= „Islamismus“) ab, da dieser zu negativ konnotiert sei. Von nun an solle Nahda eine „demokratische, politische Partei mit islamischer Referenz und nationalem Bezugsrahmen“ sein.⁶ In einem Gastbeitrag in der Welt nannte Ghannouchi gar die CDU als ein Vorbild für den künftigen Weg seiner Partei. Zuvor hatte er noch von Tunesien als nicht-säkularem Staat gesprochen, doch nach dem Parteitag äußerte er sich deutlich versöhnlicher bis zustimmend zu einem säkularen Tunesien. Die beste politische Alternative zu den Verlockungen dschihadistischer Terrorgruppen sei „eine funktionierende Demokratie, in der die Teilhabe der Bürger nicht von Geschlecht, Alter oder Religion abhängt“.⁷

Bei der Parlamentswahl am 26. Oktober 2014 wurde Nahda abgewählt und lag mit 28 % hinter der links-säkularen Nidaa Tounes (38 %). Nach drei Monaten Verhandlungen stellte im Januar 2015 eine Koalition, geführt von Nidaa Tounes mit den Juniorpartnern Nahda und zwei säkularen Parteien die Regierung.

Die politischen Salafisten Tunesiens

Mit dem Ende des ben-Ali-Regimes wurden zahlreiche politische und dschihadistische Salafisten aus den Gefängnissen entlassen oder kehrten aus dem Exil nach Tunesien zurück. Die unterschiedlichen Strömungen organisieren sich in verschiedenen Organisationen, bei denen die Grenzen zwischen den Strömungen aber fließend sind. 100 bis 500 Moscheen sind derzeit unter der Kontrolle radikaler Prediger. Eine politisch-salafistische Partei ist die Reform-Front (Dschabhat al-Islah), die sich am

Die neue tunesische Verfassung ist ein **KOMPROMISS** zwischen „Islamismus“ und Säkularismus.

säkulare Opposition auf einen Kompromissentwurf, in dem die Scharia keine Erwähnung fand, der Islam aber als Staatsreligion festgeschrieben wurde: „Tunesien ist ein freier Staat, [...], der Islam ist seine Religion, Arabisch ist seine Sprache und die Republik seine Staatsform“⁵. Tunesiens System ist nunmehr ein ziviler Staat, in dessen Zentrum der tunesische Staatsbürger steht und nicht der Angehörige einer Religionsgemeinschaft. Diese Verfassung stellt für eine „islamistische“ Partei einen historischen Kompromiss dar.

10. Parteitag der Nahda: Islamischer Säkularismus?

Nahda wird immer wieder ein „doppelter Diskurs“ vorgeworfen: Öffentliches gemäßigtes Auftreten, Radikalität nach innen. Die Dokumente des Parteitages sind allerdings schriftlich fixierte Grundsätze, mit denen radikale Strömungen innerhalb der Nahda dauerhaft ein Problem haben dürften und die ei-

29. März 2012 offiziell gründete. Sie strebt die Schaffung eines Gottesstaates an, ist aber national ausgerichtet.⁸ Bei ihrer Gründungsveranstaltung war auch der Parteichef der Nahda, Rachid Ghanouchi, anwesend, was Kritiker dazu veranlasste, ihm mangelnde Distanzierung von salafistischen Extremisten vorzuwerfen.⁹ Die Legalisierung der Salafistenpartei könnte jedoch auch dem Kalkül entsprechen, den politischen Salafismus in eine parlamentarisch-demokratische Struktur einzufügen und den dschihadistischen Salafismus zu schwächen.

Dschihadistische Salafisten in Tunesien

Politische und dschihadistische Salafisten jeglicher Couleur versuchen seit dem Sturz von ben Ali die Schwächung des Staates für eigene Vorteile und Übergriffe zu nutzen. Als größte organisierte Gruppe, die Personen aus dem politischen und dschihadistischen Salafismus miteinander vereinte, galt bis zum Verbot im August 2013 Ansar al-Scharia (Helfer der Scharia), wobei deren Islamverständnis mit dem traditioneller Muslime oder der Nahda-Partei kaum etwas gemeinsam hat. Bei Großveranstaltungen solidarisierte sie sich offen mit al-Qaida.¹⁰

Im September 2012 stürmten Salafisten als Reaktion auf einen Moham-

med-Schmähfilm die amerikanische Botschaft und eine amerikanische Schule in Tunis, wobei drei Menschen starben.¹¹ Höhepunkte dschihadistischer Gewalt waren die Ermordung der linken Politiker Chokri Belaid und Mohamed Brahmi 2013, der Anschlag auf das Nationalmuseum in Tunis am 18. März 2015 mit 24 Toten und die Ermordung von 38 Touristen in Sousse durch einen IS-Sympathisanten am 26. Juni 2015.¹²

INFORMATION:

gemäßigt-islamistisch:
Nahda (Muslimbruderschaft)

politisch-salafistisch:
Reformfront

dschihadistisch-salafistisch:
bis 2013 Ansar al-Scharia, al-Qaida,
ferner IS

Trotz Untergrundaktivitäten und erfolgreicher Anwerbung tunesischer Kämpfer durch den IS ist nach wie vor al-Qaida die dominierende dschihadistische Kraft in Tunesien, was sich ändern könnte, wenn der IS im Nahen Osten besiegt wird und tunesische IS-Kämpfer zurückkehren, die beim IS mehrere Tausend stellen. Militärschlägen zum Trotz ist die al-Qaida-Zelle Katibat Uqba ibn Nafi vor allem in der Region Kasserine an der Grenze zu Algerien aktiv.¹³

Ägypten

Die ägyptische Muslimbruderschaft

Nach dem Sturz von Mubarak am 11. Februar 2011 wurde die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (FGP) als politischer Ableger der Muslimbruderschaft (MB) gegründet. In ihrem Wahlprogramm von 2011 spiegelt sich wie bei Nahda das Rin-

Dschihadistische Salafisten zielen mit Gewaltaktionen auf eine weitere SCHWÄCHUNG des Staates ab.

gen unterschiedlicher Flügel wider, von denen manche demokratisch und konservativ ausgerichtet sind, andere wieder mehr mit politischen Salafisten gemeinsam haben. Die MB forderte einen demokratischen „zivilen Islamischen Staat“, jedoch in klarer Abgrenzung zu einer Diktatur wahhabitischer Prägung. Als Referenzrahmen sollten die „Prinzipien der Scharia“ (Anm.: nicht gleichbedeutend mit Scharia-Strafrecht) dienen, Christen und Muslime aber rechtlich gleichgestellt werden, klassisch-islamische Gesetzgebungen wie die Kopfsteuer für Nichtmuslime oder Körperstrafen sollten nicht zur Anwendung kommen.

Israel wurde in dem Programm nur als „zionistische Entität“ oder „zionistischer Feind“ bezeichnet und diente damit der MB weiterhin als zentrales Feindbild, was bei säkularen Gruppierungen jedoch nicht zwangsläufig weniger ausgeprägt ist.¹⁴ Um den Westen und die christlichen Ägypter wiederum zu beschwichtigen, wurden christliche Persönlichkeiten wie der koptische Intellektuelle Rafiq Habib als stellvertretender Parteivorsitzender eingebunden.¹⁵ Andererseits traf sich Mursi mit radikal-sunnitischen Scheichs, die ihrerseits

Muhammad Mursi erster und bisher einzig frei gewählter Präsident Ägyptens. Zusammen hatten die beiden „islamistischen“ Parteien über 70 % der Sitze gewonnen. Zunehmend wurde es für die MB schwierig, die unterschiedlichen Flügel zufriedenzustellen.

Politische Salafisten in Ägypten

Neben der FGP konstituierte sich die politisch-salafistische Nour-Partei (Partei des Lichts) in Ägypten, welche maßgeblich aus Saudi Arabien unterstützt wird. Während der Herrschaft der FGP unter Muhammad Mursi war das Verhältnis beider „islamistischer“ Parteien sowohl von Zusammenarbeit als auch von heftigen Konkurrenzkämpfen geprägt. Im Gegensatz zur MB zielt Nour auf die Schaffung einer wahhabitischen Diktatur. Als das Militär am 3. Juli 2013 die Regierung absetzte, verbündete sie sich mit dem ebenfalls aus Saudi Arabien unterstützten General Sisi. Im Gegenzug wurde die Partei von Maßnahmen des Militärs verschont.¹⁷

Dschihadistische Salafisten in Ägypten

Prominenteste Gruppe dieser Form des „Islamismus“ war das Dschihadistenbündnis Ansar Bayt al-Maqdis (BaM, Helfer Jerusalems). Während alte Dschihadisten wie z. B. die Gruppe Gama'a Islamiya der Gewalt abgeschworen hatten und im Rahmen des neuen ägyptischen Parlamentarismus im Bündnis mit Nour agieren wollten, war es fraglich, wie Dschihadisten diese neue Situation überhaupt nutzen könnten. Vor allem der Sturz von Präsident Mursi am 3. Juli 2013 stellte hier einen Wendepunkt dar. Seit dem Putsch haben sich die Aktionen militanter Dschihadisten im Sinai vervielfacht und wurden pro-

Präsident Mursi wollte einen parlamentarischen Staat mit ISLAMISCHEN Referenzrahmen errichten.

eine antischiitische Rhetorik verwendeten, und bezeichnete den Kampf in Syrien als Kampf der Konfessionen.¹⁶

Bei den Parlamentswahlen vom 28. November 2011 bis zum 29. Januar 2012 wurde die FGP mit 47 % stärkste Kraft, gefolgt von der salafistischen Nour mit 24 %. Am 24. Juni 2012 wurde

fessioneller. General Sisi setzte auf eine brachiale Politik mit Militärschlägen gegen Militante auf dem Sinai, ohne Vermittlungsinitiativen bei der lokalen Bevölkerung. Seit dem 10. November 2014 gehört BaM zum IS und nennt sich Provinz Sinai.¹⁸

INFORMATION:

gemäßigt- bis radikal-„islamistisch“:
Muslimbruderschaft (bis 2013)

politisch-salafistisch: Nour

dschihadistisch-salafistisch:
Provinz Sinai (IS), ferner al-Qaida

Syrien

Wie in den anderen arabischen Staaten begann der Arabische Frühling in Syrien ohne „islamistische“ Forderungen. Die Gründung der Freien Syrischen Armee (FSA) am 29. Juli 2011 erfolgte unter Betonung einer zivilstaatlichen, alle Religionen und Konfessionen umfassenden Ausrichtung.¹⁹

Radikalisierung, Schwächung der FSA und Stärkung salafistischer Milizen

Zwischen Mai 2011 und Mitte 2012 ließ das Assad-Regime die radikalsten und militärisch erfahrensten gewaltbereiten Salafisten frei. Diese begannen umgehend mit der Gründung radikal-salafistischer Milizen (z. B. Ahrar al-Scham und Dschaisch al-Islam). Radikale Salafisten konnten jetzt Netzwerke nutzen, die das syrische Regime seit 2003 selbst aufgebaut hatte, um mithilfe der Einschleusung von Dschihadisten in den Irak die amerikanische Besatzungsmacht zu schwächen. Diese verfügten über Kampferfahrung gegen russische und amerikanische Truppen, die sie vor

allem seit dem Kampf um Aleppo ab Juli 2012 einbringen konnten. Mit dieser dschihadistischen „Unterstützung“ machte sich deren Ideologie zur Schaffung einer salafistischen Religionsdiktatur breit.²⁰

Als Folge des Nichteingreifens der USA nach dem Giftgasangriff auf Damaszener Rebellenhochburgen am 21. August 2013 spalteten sich radikalisierte Militärfraktionen von der pro-amerikanischen FSA ab und vereinigten sich mit Ahrar al-Scham (dt. „Die Freien der Levante“) und Dschaisch al-Islam (dt. „Armee des Islam“) zur Islamischen Front, deren Ziel im Gegensatz zur FSA die Schaffung eines „islamischen Staates“ ist.²¹ Die syrische Muslimbruderschaft ist zwar im Syrischen Nationalrat vertreten, doch hat Qatar als MB-Unterstützer dem MB-Feind Saudi-Arabien in Sachen Unterstützung von Rebellengruppen das Feld überlassen, was wiederum auf die National-Salafisten der Islamischen Front setzt. Politik wird von syrischen „Islamisten“ de facto auf dem Schlachtfeld ausgetragen und nicht von politischen Parteien.²² Seit 2013 setzt das Regime zudem auf radikale schiitisch-irakische Dschihadisten und die libanesische Hisbollah, von denen sich ein großer Teil in einem bewaffneten Dschihad an der Seite Assads wähnt.²³

Die dschihadistischen Gruppen al-Qaida und IS in Syrien

Mitte 2013 begann die irakische al-Qaida (Islamischer Staat im Irak, ISI) mit der Verlegung von Truppen nach Syrien. In Syrien operierte seit Anfang 2012 Dschabhat al-Nusra (Unterstützungsfrente) als offizielle al-Qaida-Filiale. ISI-Chef al-Baghdadi befahl die Fusion von Nusra und ISI zum Islamischen Staat im Irak und in Syrien (ISIS), was Nusra ab-

lehnte. Daraufhin kam es zum Bruch zwischen ISIS und al-Qaida.

ISIS eroberte sein Gebiet vor allem von der FSA und kaum vom Regime. Alle anderen „islamistischen“ Gruppierungen stufte ISIS als „abtrünnig“ ein. Am 29. Juni 2014 machte die nun nur noch Islamischer Staat (IS) heißende Terrorgruppe das eigene politische Programm wahr, indem sie ein dschihadistisches „Kalifat“ ausrief, nachdem große Gebiete im Irak mithilfe der alten, eigentlich säkularen Baath-Armee (ehem. Armee von Saddam Hussein) überrannt werden konnten.²⁴ Nach der Abspaltung des IS von al-Qaida führte die geschwächte Nusra-Front (seit August 2016 ex-al-Qaida „Front zur Eroberung der Levante“) ihre geschickte Bündnispolitik mit den syrischen Rebellen weiter und arbeitet seither an der Transformation der syrischen Gesellschaft für die Errichtung einer salafistischen Diktatur. Während sie mancherorts als militäri-

Mitte 2014 TRENNT SICH ISIS mit der Ausrufung eines dschihadistischen „Kalifats“ von allen „abtrünnigen islamistischen“ Gruppierungen.

sche Unterstützung der FSA auftritt, bekämpft sie diese andernorts. Ein weiterer Schlag für die bereits geschwächten gemäßigten Rebellengruppen war die russische Militärintervention. Diese betraf seither kaum das Gebiet des IS, vielmehr aber die Einheiten der FSA.²⁵

INFORMATION:

anti Assad:

zivilstaatlich bis gemäßigt-

„islamistisch“: FSA (teils MB)

national-salafistisch: Islamische Front

global-dschihadistisch:

Front zur Eroberung der Levante

(ex-al-Qaida Nusra-Front) und IS

pro Assad:

schiitisch-„islamistische“ Hisbollah,

schiitische Dschihadisten aus dem Irak,

Jemen, Afghanistan, Iran, u. a.

Ausblick

Tunesien bleibt auch sechs Jahre nach dem Beginn des Arabischen Frühlings der Hoffnungsschimmer in der arabischen Welt. Trotz der strukturellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gelingt der Transformationsprozess hin zu einer funktionierenden Demokratie zusehends. Es deutet sich an, dass sich Teile der Nahda von der alten Muslimbruderschaftsideologie emanzipieren und ein gemäßigt politisch-islamisches Gegengewicht zu den Radikalen bilden können, was zur Abspaltung radikalerer Teile führen könnte. Das Dschihadismusproblem wird sich nur durch eine massive Unterstützung im Bereich der Wirtschaft und der Infrastruktur, auch seitens der EU, verbessern lassen. Besonders wichtig in der Bewertung von Nahda von europäischer und deutscher Seite wird deren Verhältnis zum Existenzrecht Israels sein.

Weniger optimistisch ist die Lage dagegen in Ägypten. Derzeit scheint der dschihadistische IS von der Politik des Sisi-Regimes profitieren zu können und Militäraktionen gegen die Dschihadisten waren bisher erfolglos. Im Parlament gibt es keine parlamentarisch orientierte „islamistische“ Kraft als Gegengewicht

zu politisch-salafistischen oder dschihadistischen Strömungen. Einzig die politisch-salafistische Nour-Partei kann sich als Verbündeter des Sisi-Regimes (noch) behaupten. Das brutale Vorgehen gegen MB und Liberale gleichzeitig signalisiert, dass ein demokratisches Engagement in Ägypten nicht möglich ist.

Der Transformationsprozess des Arabischen Frühlings hat einzig in TUNESIEN eine Chance.

Der Krieg in Syrien hat zu einem Aufstieg radikal-salafistischer Milizen geführt, die ganz Syrien einer extremistisch-sunnitischen Diktatur unterwerfen wollen. Die MB wurde hierbei weitgehend an den Rand gedrängt, unterhält nur noch Einheiten in der FSA. Sollte die FSA besiegt werden, würde es kein zivilstaatlich orientiertes Gegengewicht zu den salafistischen Kampfgruppen mehr geben. Radikal-schiitische Dschihadisten auf Seiten des Assad-Regimes dürften die Polarisierung nur verschärfen und sunnitische Dschihadisten stärken. Assads Armee wird auch trotz der massiven Unterstützung Russlands, des Irans, schiitischer Milizen und der Hisbollah den Krieg in Syrien nicht gewinnen können. ///



/// FABIAN SCHMIDMEIER M. A.

ist Nahost- und Islamwissenschaftler, freier Journalist und Blogger (DerOrient.com) sowie Bundesvorsitzender von Café Abraham – Dialog, Zivilgesellschaft, Demokratie (cafeabraham.com), Erlangen.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Seidensticker, Tilman: Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen, München 2014, Pos. 84, 356 ff., E-Book-Kindle-Version.
- ² Dihstelhoff, Julius / Lübben, Ivesa / Reichinnek, Heidi: HARAKAT AN-NAHDA (NAHDA)/TUNESIEN, <https://www.uni-marburg.de/cnms/politik/forschung/forschungsproj/islamismus/grundlagen/portraits/ennahda.pdf>
- ³ Welt Online: Hamas-Chef bei Kongress von tunesischer Ennahda-Partei gefeiert, <https://www.welt.de/newsticker/news2/article108275137/Hamas-Chef-bei-Kongress-von-tunesischer-Ennahda-Partei-gefeiert.html>, Stand: 29.11.2016.
- ⁴ Von Randow, Gero: Der Islam braucht Demokratie, Zeit Online: <http://www.zeit.de/2013/15/islam-demokratie-ghannouchi>, Stand: 29.11.2016.
- ⁵ Abd ar-Rahīm, Allām: Kayfa ālaġa ad-dustūr at-tūnisī al-ġadīd al-mas’ala ad-dīniya as-siyasiya?, in: Mominoun Without Borders, <http://www.mominoun.com/articles/كيفية-الاع-فكي-وتس-دل-ال-ج-ل-اع-فكي-ك> ل-ال-ة-ي-ن-ي-دل-ال-ة-ل-أس-م-ال-د-ي-د-ج-ل-ال-ي-س-ن-وت-ل-ار-ة-ي-س-اي-س-1492, Stand: 29.11.2016; Übersetzung des Verfassers.
- ⁶ Lübben, Ivesa: Abschied vom politischen Islam?, Parteitag der tunesischen Ennahda, <http://de.qantara.de/inhalt/10-parteitag-der-tunesischen-ennahda-abschied-vom-politischen-islam>, Stand: 29.11.2016.
- ⁷ Al-Ghannouchi, Rachid: Islam und Demokratie vertragen sich durchaus, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article156094767/Islam-und-Demokratie-vertragen-sich-durchaus.html>, Stand: 29.11.2016.
- ⁸ Wolf, Anne: Tunisia: Signs of Domestic Radicalization Post-Revolution, in: CTC Centinel 6/1, Combatting Terrorism Center Westpoint, Westpoint 2013, S. 3 f.
- ⁹ Merone, Fabio / Cavatorta, Francesco: The Emergence of Salafism in Tunisia, <http://www.jadaliyya.com/pages/index/6934/the-emergence-of-salafism-in-tunisia>, Stand: 1.12.2016.

- ¹⁰ Muwākibat i lāmīyat al-multaqā Anṣār aš-Šarī'a bil-Qayrawān 20 māy 2012, in: jebhatishlah, https://youtu.be/u0fWCPX__go, Stand: 1.12.2016.
- ¹¹ Wolf: Tunisia, S. 2.
- ¹² Doering, Martina: IS-Anschlag in Sousse. Mindestens 38 Tote nach Terroranschlag in Tunesien, <http://www.berliner-zeitung.de/1559408>, Stand: 9.12.2016.
- ¹³ Zelin, Aaron Y.: New video message from al-Qā'idah in the Islamic Maghrib: Shade of the Sword Series: Lions of al-Qayrawān, <http://jihadology.net/2016/12/03/new-video-message-from-al-qaidah-in-the-islamic-maghrib-shade-of-the-sword-series-lions-of-al-qayrawan/>, Stand: 9.12.2016.
- ¹⁴ Election Program The Freedom an Justice Party. Parliamentary Elections 2011, in: Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa, <https://www.ezire.fau.de/files/2016/04/fjp-election-program-2011-english.pdf>, S. 10 / 15.
- ¹⁵ Al-Anani, Khalil: Egypt's Freedom and Justice Party: to Be or Not to Be Independent, <http://carnegieendowment.org/sada/?fa=44324>, Stand: 10.12.2016.
- ¹⁶ McTighe, Kristen: The Salafi Nour Party in Egypt, <http://studies.aljazeera.net/en/reports/2014/03/20143261283362726.html>, Stand: 1.12.2016.
- ¹⁷ Ebd.
- ¹⁸ Watanabe, Lisa: Sinai Peninsula - from Buffer Zone to Battlefield, in: CSS Analyses 168/2015, hrsg. vom Security Policy Center for Security Studies, ETH Zürich 2015, S. 3, <http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse168-EN.pdf>, Stand: 15.12.2016
- ¹⁹ I lān taškīl al-ğayš as-sūrī al-hurr, in: Al-Muṭannā al-Aḥmad, <https://youtu.be/SZcCbIPM37w>, Stand: 11.12.2016.
- ²⁰ Reuter, Christoph: Die schwarze Macht, in: Der Spiegel, 2015, Pos. 170 ff./209 ff./319 ff., Tolino-E-Book-Version.
- ²¹ BBC: Leading Syrian rebel groups form new Islamic Front, <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-25053525>, Stand: 10.12.2016.
- ²² Becker, Petra: Die syrische Muslimbruderschaft bleibt ein wichtiger Akteur, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Aktuell 52/2013, S. 1 ff., https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A52_bkp.pdf, Stand: 11.12.2016.
- ²³ Gerlach, Daniel: Was in Syrien geschieht – Essay, <http://www.bpb.de/apuz/221168/was-in-syrien-geschieht?p=all>, Stand: 11.12.2016.
- ²⁴ Reuter: Die schwarze Macht, Pos. 101 ff./31 ff./256 ff.
- ²⁵ Lister, Charles: The Free Syrian Army: A decentralized insurgent brand, Brookings Institution, Washington 2016, https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/11/iwr_20161123_free-syrian_army1.pdf, Stand: 15.12.2016.